

Zukunft der Humangenetik: Öffentlicher Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis ist erforderlich

Anlässlich der 12. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Humangenetik vom 22.-25. März 2000 in Lübeck erklärt **Irene Fröhlich**, umweltpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion:

Fragen der Humangenetik berühren heute nahezu alle Bereiche der modernen Medizin- und Biowissenschaften und damit viele Bereiche des täglichen Lebens. Wir wollen diese Fragen in den Mittelpunkt einer intensiven öffentlichen Diskussion rücken. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Gelegenheit zu einer sachlich-kritischen Auseinandersetzung über genetische Beratung, pränatale Diagnostik, Präimplantationsdiagnostik, Reproduktionsmedizin und Gentechnologie bekommen.

Es ist Aufgabe der Wissenschaft notwendige Brücken zu schlagen zwischen der humangenetischer Forschung und den Möglichkeiten und Risiken der Anwendung. Es ist Aufgabe der Politik Brücken zu schlagen zwischen der wissenschaftlichen Arbeit und der kritischen Öffentlichkeit. Durch den sehr schnellen Transfer von Wissenschaft zu Anwendung kommt die Betrachtung der Risiken leider häufig zu kurz. Aus diesem Grund ist es unverzichtbar, dass Regierung und Parlament ihrer Aufgabe nachkommen und die Risiken humangenetischer Verfahren kritisch abwägen und bewerten.

Schleswig-Holstein stellt sich dieser Verantwortung. Die Koalitionspartner haben die Empfehlungen der „Enquêtekommision Gentechnik“ deshalb bewusst als verbindliche Vorgaben für unsere Politik in Schleswig-Holstein unter dem Stichwort ‘Bio- und Gentechnologie’ in den Koalitionsvertrag aufgenommen:

„ Entsprechend den Empfehlungen der Enquete-Kommission des Landtages setzen wir uns für eine Einrichtung zur Technikfolgenabschätzung und –bewertung im Rahmen der norddeutschen Hochschulkooperation ein, zu deren Aufgaben auch die Öffentlichkeitsarbeit gehört. Die Förderung gentechnischer Projekte im Rahmen der Medizintechnik ist im Einzelfall auf ihre Verantwortbarkeit zu prüfen. Risikovorsorge und stringente Kontrolle sind maßgebliche Kriterien zur Begleitung entsprechender Projekte. Das Regelwerk für die Risikovorsorge in der Gentechnik ist zu verbessern. Wir werden uns im Bundesrat einsetzen für restriktive Regelungen beim Einsatz der Genomanalyse und für den Erhalt des Embryonenschutzgesetzes. Wir unterstützen die Beratung über eine pränatale Genomanalyse in den vorhandenen spezialisierten Zentren. Das Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID) im Rahmen der Gendiagnostik muss weiterhin Bestand haben. “
